



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

Europapolitische Haltung der Kantonsregierungen

Konsolidierung der bilateralen Zusammenarbeit / Beibehaltung der längerfristigen Option eines EU-Beitritts

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) präzierte am 23. März 2007 die europapolitische Haltung der Kantonsregierungen. Die Kantonsregierungen sprechen sich einstimmig für eine Konsolidierung der bestehenden Verträge mit der EU aus. Daneben vertreten die Kantonsregierungen aber ebenfalls einstimmig die Auffassung, dass ein Beitritt zur EU auf jeden Fall als längerfristige Option offen zu halten ist. Anzustreben ist generell eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen hinsichtlich der Wahrung der Interessen der Schweiz gegenüber der EU. Dies betrifft einerseits eine Verbesserung der Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen sowie bei allfälligen weiteren Abkommen. Andererseits ist die Transparenz der diesbezüglichen Entscheidverfahren zu erhöhen.

Im Auftrag der KdK hat die Arbeitsgruppe EuRefKa im Sommer 2006 eine Analyse erarbeitet. Grundlagen dieser Analyse waren einerseits verschiedene Expertenberichte, ein Erfahrungsbericht der Europakommission der KdK zu den bisherigen bilateralen Abkommen sowie ein vom Kanton Zürich erarbeiteter Bericht zu den Vor- und Nachteilen des bilateralen Wegs und eines EU-Beitritts. Die Analyse stützte sich andererseits auch auf den vom Bundesrat am 28. Juni 2006 verabschiedeten Europabericht 2006. Die Analyse war zwischen November 2006 und Januar 2007 Gegenstand einer Vernehmlassung bei allen 26 Kantonsregierungen. An der Plenarversammlung vom 23. März 2007 haben die Kantonsregierungen von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und einstimmig eine gemeinsame europapolitische Haltung verabschiedet.

Die Kantonsregierungen sind grundsätzlich mit dem vom Bundesrat dargelegten Konzept bezüglich der Wahrung der materiellen und ideellen Interessen der Schweiz einverstanden. Sie sind jedoch der Auffassung, dass dieses Konzept nicht unter allen Umständen sinnvoll ist. So kann über die Frage eines EU-Beitritts keinesfalls kurzfristig und situativ entschieden werden.

Die Kantonsregierungen teilen auch die Auffassung des Bundesrates, dass die materiellen und ideellen Interessen der Schweiz zum gegenwärtigen Zeitpunkt am besten durch die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU gewahrt werden können. Die Kantonsregierungen sprechen sich deshalb für eine Konsolidierung der bestehenden Verträge aus. Bezüglich eines weiteren Ausbaus des bilateralen Vertragswerks bestehen seitens der Kantonsregierungen allerdings gewisse Vorbehalte.

Was einen allfälligen EU-Beitritt betrifft, so steht diese Frage nach Auffassung der Kantonsregierungen aus verschiedenen Gründen kurz- und mittelfristig nach wie vor nicht zur Debatte. Längerfristig bleibt ein EU-Beitritt aber nach wie vor eine Option, die auch weiterhin offen zu halten ist. Damit die Schweizer Interessen gegebenenfalls längerfristig mittels dieser Option gewahrt werden können, sind die damit verbundenen Konsequenzen aber bereits heute vertieft zu analysieren und die mit einem allfälligen Beitritt verbundenen Fragen und Reformvorhaben möglichst bald grundlegend abzuklären.

Die bestehende Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist zu vertiefen. Die Kantone sind früher und verstärkt in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ihre Stellungnahmen sind verstärkt zu berücksichtigen, insbesondere dann, wenn ein Abkommen im Wesentlichen kantonale Zuständigkeiten betrifft. Weiter sprechen sich die Kantonsregierungen für eine erhöhte Transparenz bei der Entscheidungsfindung aus.

Bern, 10. April 2007

Weitere Auskünfte erteilen:

- Regierungsrat Lorenz Bösch, Präsident KdK (Tel. 041 819 25 15)
- Regierungsrat Markus Notter, Mitglied des Leitenden Ausschusses und Vorsitzender Europakommission der KdK (Tel. 043 259 25 02)
- Staatsrat Jean-Claude Mermoud, Mitglied des Leitenden Ausschusses und der Arbeitsgruppe EuRefKa der KdK (Tel. 021 316 40 01)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 031 320 30 00)
- Roland Mayer, Leiter Bereich Aussenpolitik, Sekretariat KdK (Tel. 031 320 30 00)